



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: Schulbedarfspaket bis zur 13. Klasse

Auf Druck der SPD erweitert die Koalition den Kreis der Anspruchsberechtigten.

Berlin/Viernheim, 05. März 2009 - Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat die Einigung der Koalition auf eine Ausweitung des Schulbedarfspakets für sozial schwache Familien begrüßt. Auf Druck der Sozialdemokraten soll die Einmalzahlung von hundert Euro zum Schuljahresbeginn nicht nur bis zur zehnten, sondern bis zur 13. Klasse gewährt werden. Dies hatte die CDU/CSU bislang nur dann akzeptieren wollen, wenn zugleich steuerliche Abzugsmöglichkeiten für den Besuch von Privatschulen ausgeweitet würden, wozu die SPD nicht bereit war.

Profitieren sollen von der Ausweitung jetzt nicht nur Abiturienten, sondern auch Vollzeit-Berufsschüler. Das sind alle Berufsschüler, die keine Ausbildungsvergütung beziehen.

Es wurde auch vereinbart, dass alle Familien mit geringen Einkommen in den Genuss der Einmalzahlung von hundert Euro kommen sollen. Bislang war eine Begrenzung auf Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II vorgesehen gewesen. Die Erweiterung betrifft Familien, die zwar ein geringes, eigenes Einkommen beziehen, aber zur Deckung des Lebensunterhalts Anspruch auf Zahlung eines Kinderzuschlages haben.

Das Schulbedarfspaket war auf Wunsch der SPD in das Konjunkturpaket II der Bundesregierung aufgenommen worden. "Die vereinbarte Erweiterung stellt sicher, dass die Hilfe ge-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

zielt bei den Kindern aus einkommenschwachen Familien ankommt und damit ihre Bildungschancen effektiv verbessert werden", begrüßte Lambrecht die nun vereinbarte Lösung. "Dass jetzt auch die rund 250.000 Kinder, deren Eltern den Kinderzuschlag erhalten können, vom Schulbedarfspaket profitieren, ist ein wichtiges Signal, dass sich Arbeit lohnt".

Lambrecht betonte, es sei von vornherein "bildungspolitisch inakzeptabel" gewesen, die Unterstützung auf die ersten zehn Schuljahre zu begrenzen. „Offensichtlich hat die Union angesichts schwindender Umfragewerte" jetzt nachgegeben“, so Lambrecht.